

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Instandhaltungsfenster der ÖBB-Infrastruktur AG und Auswirkungen auf Bahn und Regionalbusangebot

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,

- die geplanten Instandhaltungsfenster (IHF) der ÖBB in der derzeit vorgesehenen Form zurückzunehmen, um unzumutbare Beeinträchtigungen für Fahrgäste – wie z.B. lange Fahrzeiten und Anschlussverluste – jedenfalls hintanzuhalten;
- die Sperrzeiten so weit wie möglich in die verkehrsarmen Zeiträume zu verlegen, wie in die Nachtstunden, wobei eine Bündelung mit ohnehin stattfindenden Sperren zu priorisieren ist;
- bei zwingend notwendigen werktägigen Maßnahmen sicherzustellen, dass der Zeitraum nach der morgendlichen Hauptverkehrszeit genutzt wird und Einschränkungen spätestens ab etwa 13 Uhr vermieden werden, da zu diesem Zeitpunkt die Fahrgastzahlen infolge des Schülerverkehrs stark ansteigen und die Linienbusse verstärkt im Einsatz sind, wodurch die Verfügbarkeit von Ersatzbussen eingeschränkt ist;
- einen gesamtheitlichen Bewertungsansatz zur Anwendung zu bringen, der die Mehraufwände und Mehrkosten im gesamten Verkehrssystem berücksichtigt;
- Sperrzeiten rechtzeitig und in enger Abstimmung mit den Ländern, Verkehrsverbünden und Bestellorganisationen abzustimmen, um eine geordnete Koordination und Planung zu ermöglichen.

Begründung

Mit der Veröffentlichung der Schienennetz-Nutzungsbedingungen (SNNB) 2026 durch die ÖBB-Infrastruktur AG wurde eine neue Vorgehensweise zur Instandhaltung der Eisenbahninfrastruktur verkündet. Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2025 werden die monatlich anfallenden Instandhaltungsfenster (IHF) auf eingleisigen Regionalbahn- und Nahverkehrsstrecken nunmehr ausschließlich in den Tagesbetrieb verlegt. Daher wird es teils mehrmals pro Monat zu regelmäßigen Einschränkungen und Streckensperren im Bahnverkehr kommen, welche zwischen sechs und acht Stunden andauern sollen. Damit ist Pendlerverlust vorprogrammiert.

Es ist unbestritten, dass Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen für die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Eisenbahnnetzes notwendig sind. Die geplante Vorgehensweise ist jedoch aus der Sicht der Länder und der Verkehrsorganisationsgesellschaften nicht zielführend und in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Der öffentliche Verkehr in Österreich war immer durch hohe Verlässlichkeit und Planbarkeit gekennzeichnet. Während Instandhaltungsarbeiten bislang vorwiegend nachts oder bei laufendem Betrieb durchgeführt wurden, zielt die neue Vorgehensweise offenbar darauf ab, Nachtarbeit und somit Kosten im ÖBB-Konzern zu vermeiden. Dies führt wiederum zu einer massiven Kostenverlagerung in Richtung der Länder, der Verkehrsverbünde und der Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Darüber hinaus erfolgte die Veröffentlichung der Sperrzeiten unterjährig ohne ausreichende Vorlaufzeit und ohne Abstimmung mit den Ländern, Verkehrsverbünden und Bestellorganisationen. Daher waren eine geordnete Koordination und Planung nicht möglich.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher die Bundesregierung auf, diese für die Fahrgäste unzumutbare Beeinträchtigung durch die ÖBB-Infrastruktur AG zu stoppen und eine zufriedenstellende Lösung für die tausenden Pendler, Schülerinnen und Schüler und Familien vorzulegen.

Linz, am 10. November 2025

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Handlos, Dim, Schießl, Graf, Hofmann, Mahr, Gruber, Kroiß, Fischer, S. Binder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Angerlehner, Weber, Lengauer, Stanek, Kirchmayr, Manhal, Nell, Raffelsberger, Mühlbacher, Rathgeb, Zehetmair, Naderer, Staudinger